

Wege aus der sozialen Einheit Wege zur sozialen Einheit?

Prof. Dr. Lutz Niethammer, geb. 1939 in Stuttgart, Studium der Geschichte, Theologie und Sozialwissenschaften in Heidelberg, Bonn, Köln und München, ist Leiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts des Wissenschaftszentrums NRW. Ab dem Sommersemester 1993 wird er Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Jena lehren.

I.

Wenn ein neues DGB-Grundsatzprogramm mit einem Abschnitt zur Gewinnung der „sozialen Einheit“ beginnen sollte, so befände man sich von Anfang an auf einem semantischen Schlingerkurs: Offenbar ist dieser Begriff „soziale Einheit“ als soziale Ausgestaltung der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik gemeint und will die umstrittene Konnotation der Nation vermeiden. Zugleich wird dabei aber - vermutlich unbewußt - ein Kernbegriff des Gesellschafts- und Politikverständnisses der DDR verwandt, deren Führungspartei sich als „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ bezeichnete und die insgesamt auf eine soziale Vereinheitlichung der ostdeutschen Gesellschaft sowohl im egalitären als auch im autoritären Sinne abzielte. Diese soziale Vereinheitlichung der DDR-Gesellschaft kann nicht der Maßstab künftiger deutscher Gesellschaftspolitik sein, und die alte Bundesrepublik war von allem anderen als von sozialer Einheit charakterisiert - erinnert sei nur an den nun schon über ein Jahrzehnt alten Kampfbegriff der Zwei-Drittel-Gesellschaft. Deshalb sollte der Auftakt des neuen Grundsatzprogramms nicht unter dieser mißverständlichen Semantik geschehen. Darüber hinaus erscheint eine kurz- oder mittelfristige Vereinheitlichung der beiden deutschen Gesellschaften ein wenig realistisches Ziel. Wahrscheinlicher erscheint eine Zwei-Drittel-Gesellschaft in regionalisierter Form.

Ahnliche Probleme ergeben sich übrigens auch bei einem anderen Deckbegriff für die gesellschaftlichen Probleme des nationalen Zusammenschlusses der DDR mit der Bundesrepublik, dem „Solidarpakt“. Hier wird ein Kernbegriff der gewerkschaftlichen Tradition, der immer und vor allem auch eine internationale Komponente für den Beistand mit besonders Benachteiligten und Verfolgten hatte, stillschweigend auf die Nation begrenzt, dadurch Integrationsprobleme privilegierter Gesellschaften unter dem Deckmantel offener Solidarität abgehandelt und der Kernbegriff gewerkschaftlicher Werttradition zum Label der Zumutung gewerkschaftlichen Stillhaltens im Zuge eines gesellschaftlichen Differenzierungsschubs.

Ich möchte im folgenden zunächst einige der Besonderheiten der ostdeutschen Gesellschaft darstellen, wie sie sich aus der Sicht lebensgeschichtlicher Erkundungen mit älteren Menschen in den Industriegebieten der DDR - noch zu ihrer Lebzeit¹ - und aus vergleichenden Überlegungen gewinnen lassen. Die Vorprägungen und Vorerfahrungen verdienen dabei deshalb besonderes Interesse, weil sie wesentliche Voraussetzungen sowohl für die Wahrnehmungen als auch für die Dynamiken gesellschaftlicher Probleme im Osten Deutschlands sind. Nur aus Zeitgründen und weil die ostdeutsche Gesellschaft noch immer so viel weniger erforscht ist, beschränke ich mich dabei auf Ostdeutschland; die Vereinigungsproblematik kann an sich aber nur realistisch gesehen werden, wenn sowohl die objektiven Faktoren als auch die subjektiven Sichtweisen in Ost- und Westdeutschland in ihrer jeweiligen Spezifik formuliert und aufeinander bezogen werden.

II.

Dazu eine zweite Vorbemerkung. Die deutsche Vereinigung kann man nur sinnvoll weiterdenken, wenn man versteht, daß der Zusammenbruch des Sowjet-Imperiums nur der spektakulärste Teil einer weltweiten Krise der Industriegesellschaften war, die noch keineswegs überwunden ist und in der es insofern zwar Sieger im Sinne weltweiter Konkurrenz, aber kein sieghaftes Modell im Sinne einer orientierenden Problemlösung gibt. Die Aktualisierung dieser Krise hat sich in den letzten anderthalb Jahrzehnten in technologischen Revolutionen ausgedrückt, die die Weltwirtschaft tiefgehend verändert und den gesellschaftlichen Wandel beschleunigt haben, aber nicht in der vormaligen Zielrichtung vermehrter Chancengleichheit, sondern einer drakonischen Selektion, der nicht nur die archaischen und stagnierenden realsozialistischen Staatswirtschaften, sondern zum Beispiel auch die gewerkschaftsfundierte Gemeinwirtschaft und alle Hoffnungen auf eine weltweite Annäherung des Lebensstandards zum Opfer gefallen sind und die viele Traditionskulturen, darunter auch die der Arbeiterbewegungen in Mittel- und Westeuropa, in wenigen Jahren vollends geschleift hat. Diese zukunftsloser und unmenschlicher gewordene Dynamik, die meist mit dem Etikett Modernisierung eher vernebelt als begriffen wird, steht zugleich vor den noch völlig ungelösten Jahrhundertproblemen eines Friedens mit der Natur, des Nord-Süd-Problems, der Regelung wachsender innerstaatlicher Konflikte und dem Verhalten gegenüber zunehmenden grenzüberschreitenden Wanderungsbewegungen.

In Deutschland sind nun zwei extreme Beispiele dieser allgemeineren Krise zusammengeschlossen worden und nach drei Jahren der Regression in nationale Wahrnehmungsmuster und eines durch die vorübergehende Einigungskonjunktur im Westen restabilisierten Marktvertrauens haben wir uns - und da beziehe ich den gewerkschaftlichen Bereich ausdrücklich ein - in einem perspektivlosen Geschiebe von gesellschaftlichen Zwängen, wohlmeinenden

¹ Vgl. Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Dorothee Wierling, Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz DDR. 30 biographische Erfahrungen, Berlin 1991.

Absichten, finanzieller Flickschusterei und erschreckter Wahrnehmung menschlicher Reaktionen verfangen. Ich denke, Burkart Lutz hat recht, wenn er jüngst in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ dafür plädierte, daß keine Grundsatzprogrammatik angesichts dieser Problemlage weitergeschrieben werden kann und daß nicht die Sanktionierung der weiteren Entwicklung der Einzelverbände zu Tarifmaschinen, die das gewerkschaftliche Umfeld und die gesamtgesellschaftliche Position der Gewerkschaften weiter zerrütten muß, auf der Tagesordnung steht, sondern die Suche nach einer Wertorientierung, in der die kollektiven, die wirtschaftswüchsigen Einzelinteressen überschreitenden Aufgaben und die dafür notwendigen Handlungsstrukturen und Institutionengefüge in den Vordergrund gestellt werden.² Anders werden die Gewerkschaften kaum aus ihrer sehr traurigen kulturellen Isolierung und gesellschaftlichen Defensive herauskommen, in die sie ja schon in den achtziger Jahren geraten waren, die aber durch den Anschluß der DDR dramatische Formen angenommen hat.

III.

Nun haben Sie sicher nicht einen Historiker gebeten, hier zu Anfang das Wort zu nehmen, damit er darin dilettiert, solche Perspektiven weiter auszuziehen und konstruktiv zu konkretisieren. Ich halte es aber für notwendig, sich wenigstens in groben Zügen darüber zu verständigen, in welchen Zusammenhängen und aus welchen Problemlagen heraus wir uns hier der Gesellschaftsgeschichte und den Kollektiverfahrungen von Arbeitern und Angestellten in der DDR versichern und vor ihrem Hintergrund die Probleme der Wiedervereinigung ins Auge fassen wollen.

Wo kann nun eine solche Vergegenwärtigung ansetzen und ihren Schwerpunkt suchen, wenn sie Illusionen und falsche Fixierungen überwinden und zu einer realistischen Sicht führen will?

Zu den Illusionen der historischen Fehlverarbeitung der letzten Jahre rechne ich an erster Stelle die in Politik und Medien fast universelle Überzeugung, als habe es zur Anschlußpolitik des Jahres 1990, deren verheerende Wirkungen mittlerweile unübersehbar geworden sind, keine Alternativen gegeben. Sich in einen solchen historischen Sachzwang zu verstricken, nimmt die Freiheit des Denkens von allem Anfang. Die Bürgerbewegungen, die im Herbst 1989 den im Kollaps der sowjetischen Herrschaft entstandenen Hohlraum füllten, haben ganz andere Orientierungen aufgezeigt; die ökonomischen Spezialisten und übrigens auch wichtige Sprecher des Kapitals haben im Frühjahr 1990 vor dem eingeschlagenen Weg gewarnt, die Gewerkschaften gezögert, ihn mitzugehen. Es ist eine gute Tradition der Gewerkschaften, daß sie immer gegen ein von den Herrschenden verpaßtes Geschichtsbild die verschütteten, die nicht beschnittenen Wege betont und alternativen Traditionen den Rücken gestärkt haben. Sie sollten sich auch jetzt davor hüten, sich nach-

² Burkart Lutz, Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den Umbau, in: GMH 1/93, S. 25-30.

träglich die nationalen Bornierungen, marktwirtschaftlichen Illusionen und die wechselseitige Fremdheit der beiden deutschen Gesellschaften, aus denen sich die wesentlichen Weichenstellungen der real existierenden Wiedervereinigung ergaben, zu eigen zu machen und sie zu verinnerlichen.

Zu den unfruchtbaren Fixierungen rechne ich an erster Stelle unsere Sichtbegrenzung auf die DDR als ein politisches Herrschaftssystem, mit der wir unsere Fremdheit gegenüber der Gesellschaft des anderen Deutschland kaschieren, und mehr noch die Zuspitzung dieser Verengung in der Stasi-Debatte auf persönliche Schuldfragen, die zu beurteilen wir im Westen wenig geeignet sind, durch die die politisch ins Hintertreffen geratenen Bürgerbewegungen moralische Kompensation suchen und die insgesamt zur Entlastung des eigentlichen politischen und wirtschaftlichen Leitungssystems der DDR in der Wahrnehmung ihrer Geschichte ausschlägt.

Was meines Erachtens vor allem ansteht, ist die Wahrnehmung der DDR als die andere deutsche Nachkriegs- und Folgegesellschaft des Dritten Reiches und ihre Verschränkung mit der politischen Herrschaftsgeschichte, die maßgeblich, aber eben doch nicht nur davon geprägt war, daß dieser Teil des Landes dem Zugriff des Stalinschen Imperiums, damit zugleich aber auch dem - nächst den Juden - meistbetroffenen Opferkollektiv des Zweiten Weltkriegs ausgesetzt war. Einem vergleichenden Blick kann nicht verborgen bleiben, daß die Gesellschaftsgeschichten z. B. Polens, Ungarns und der DDR in der Nachkriegszeit wesentlich anders verlaufen sind, und daß sich auch die Kultur und Struktur der beiden Gesellschaften in Deutschland in den meisten Hinsichten zunehmend unterschieden, vielleicht mit der einen Ausnahme, daß sie im Vergleich mit anderen europäischen Gesellschaften am stärksten vom nationalen Kontinuitätsriß und von der vorzüglichen Anpassung an das System der jeweiligen Schutzmacht im Kalten Krieg geprägt waren. Es geht also vor allem darum, jenseits unserer schablonisierten, teils verteufelnden, teils idealisierenden Vorstellungen über kommunistische Systeme in der Geschichte der DDR die Durchdringung nationaler und sozialer Faktoren zu erkennen und sich dadurch für die spezifischen Erfahrungen und Erwartungen der Menschen in Ostdeutschland zu öffnen.

Das kann in diesem Rahmen nur in Stichworten skizziert werden, und vieles davon zeichnet sich mangels ein dringenderer Forschung auch erst in Konturen ab. Ich möchte hier vier Dimensionen hervorheben: *Erstens* das spezifische gesellschaftliche Potential, das durch Krieg und Kalten Krieg in der DDR entstanden ist; *zweitens* die Rolle sozialer Mobilität aus der Arbeiterschaft heraus und diejenige der Erwerbstätigkeit der Frauen als zwei bedeutende Faktoren in der Ausbildung einer spezifischen Gesellschaftsstruktur und einer relativ konfliktgedämpften gesellschaftlichen Integration in einem Industriestaat sowjetischen Typs; *drittens* die spezifische Generationenkonstellation in der politischen und gesellschaftlichen Führungsschicht der DDR; *viertens* die Arbeiterschaft als pragmatische Restgröße des Systems, und in diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Ambivalenz der Gewerkschaften und Sozial-

betreuung in der DDR eingehen. Schließlich möchte ich vor diesem Hintergrund einige Vorschläge zum Verständnis der sogenannten DDR-Mentalität machen, also zum Zeitregime oder zur sozialen Ökonomie des Abwartens, zur nationalen Empfindung einer verlassenen Gesellschaft und zum Arbeitsstolz, zum Ökonomismus und zur Gereiztheit des Gerechtigkeitsgefühls, zur Ambivalenz des Sicherheitskomplexes und zur Gespaltenheit der DDR-Identität, aber auch zur häufigeren Orientierung an zwischenmenschlichen Werten, zum Drang zum Wesentlichen oder zu der in den kleinen Welten ausgebildeten und seit der „Wende“ in die Öffentlichkeit gekommenen Sprachkraft.

IV.

Im Verhältnis zu Westdeutschland ist das wirtschaftliche Potential im Osten von den Folgen des Zweiten Weltkriegs und des Kalten Krieges sehr viel ungünstiger beeinflusst worden, denn dem äußerlich eher zerstörten Westen flössen die Produktionsfaktoren förmlich zu (und ohnehin war hier nur soviel an den Produktionsmitteln weggebombt worden, wie durch den Kriegsboom seit 1938 hinzugekommen war). Schon am Ende des Krieges hat es in bemerkenswertem Umfang Produktionsverlagerungen aus Mittel- nach West- und Süd-Deutschland gegeben, und dieser Prozeß hat sich in der frühen Nachkriegszeit durch die Abwanderung von Unternehmern und Leistungseliten fortgesetzt. Die Masse der von Deutschland zu erbringenden Reparationen wurde von der Sowjetunion in Gestalt von Anlagen und laufender Produktion aus der SBZ/DDR entnommen. Fast alle namhaften großen Industrieunternehmen waren bis in die fünfziger Jahre Reparationsbetriebe unter sowjetischer Regie. Es gab keine Care-Pakete, Nahrungsmittellieferungen, ausländische Kredithilfe und sicher keinen Marshall-Plan. Die SBZ nahm im Verhältnis am meisten Vertriebene auf, und unter ihnen waren besonders viele Frauen, Kinder und Alte. Die Abwanderung von Qualifikationspotentialen setzte sich in den fünfziger Jahren in erheblichem Umfang fort: Über die Hälfte der DDR-Flüchtlinge jener Zeit waren junge Männer unter 25 Jahren. Ohne daß wir heute schon wirklich Präzises darüber wüßten, muß man davon ausgehen, daß ca. ein Viertel der Stammbevölkerung Mitteldeutschlands von 1938 in der Nachkriegszeit dieses Gebiet verlassen hat: Es ist ein Auswanderungsland - und dies hat ja auch die kommunistische Herrschaft überdauert -, eine Million ist seit dem Fall der Mauer abgewandert, rund eine halbe Million pendelt mit steigender Tendenz in den Westen (zusammen wohl über ein Sechstel der qualifizierten Arbeitskraft). Dieser Umstand hat in die Bevölkerung das Gefühl einer hinterlassenen Gesellschaft eingesenkt, zumal nach den im nationalsozialistischen Sinne Belasteteren in der frühen Nachkriegszeit dann die Liberaleren, Initiativereicheren, Jüngeren und Qualifizierteren unter den Abwanderern überwogen. Zudem war die SBZ - außer in Sachsen - ein unterdurchschnittlich industrialisiertes Gebiet, ohne Steinkohle oder sonstige wesentliche Rohstoffe, dem im Zuge des Kalten Krieges der funktionale Wirtschaftsaustausch mit dem Westen gesperrt wurde. Nicht nur durch stalinistische Dogmen, sondern auch durch diese Bedingungen wurde das Regime in

eine Industriepolitik gedrängt, die den Verbrauch der Bevölkerung nachordnete und schwerindustrielle Prioritäten mit infrastrukturellen Notbehelfen verband. Diese Politik wurde in der DDR weniger kritisiert als von außen; aber solches Verständnis gründete in einem tiefen Gefühl, von der Mehrheit der Deutschen - verschleiert durch eine prinzipientönende Intransigenz - mit der nationalen Erblast des Dritten Reiches allein gelassen worden zu sein.

Daß die Mauer gebaut werden konnte, hat bei vielen dieses Gefühl vertieft; zugleich hat dieses Gefühl aber auch das Arrangement mit dem Faktum der Mauer ermöglicht: Wer blieb oder bleiben mußte, konnte sich sagen, daß diese Gesellschaft bei weiterer Abwanderung der Qualifikationspotentiale niemals funktionsfähig werden würde. Und in den sechziger und siebziger Jahren schien sie auch funktionsfähiger zu werden, insbesondere nachdem Honecker am Anfang seiner Regierungszeit - wie Chruschow 1956 - das Ruder zugunsten grundlegender Konsumgüter wie Wohnungen und Autos herumgeworfen hatte. Um so verheerender war die Enttäuschung über die Stagnation und die Rückschritte der achtziger Jahre.

Zur relativen gesellschaftlichen Integration der DDR und zu ihrem konfliktgedämpften Erscheinungsbild — hier gab es keinen polnischen Oktober und keinen ungarischen Volksaufstand, keinen Prager Frühling, kein Solidarnosc und noch nicht einmal Gulasch-Kommunismus - hat nicht nur die Grundfrustration von Führung und Volk nach dem 17. Juni 1953 als dem blockweit ersten, kurzzeitigen, aber sogleich das ganze System infrage stellenden Massenkonflikt und die nachfolgend perfektionierte Mischung aus ökonomischen Verbesserungen und präventiver Polizeistaatlichkeit geführt, sondern auch zwei spezielle Eigenschaften der DDR als dem höchstindustrialisierten Teil des Ostblocks: Sie war wohl - vor allem in ihren ersten beiden Jahrzehnten - die sozial mobilste, und sie war und blieb die weiblichste Arbeitsgesellschaft Europas, Ost und West. Beides ist von außen kaum oder falsch wahrgenommen worden, nämlich als Funktionärsherrschaft und Frauenemanzipation. Objektiv handelte es sich um - ideologisch überformte - Ersatzmaßnahmen einer Auswanderergesellschaft, der die - wie man nun sagte - „Kader“ davongelaufen waren und die über keine männliche Reservearmee am Arbeitsmarkt mehr verfügte.

Zur Auffüllung der durch Abwanderung, eine vor allem im öffentlichen Dienst drakonische Entnazifizierung und durch anti-bürgerliche Repression klaffenden Lücken in den Führungsetagen aller Funktionsbereiche hat die DDR vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren jüngeren Facharbeitern ein Qualifikations- und Aufstiegsangebot ohnegleichen gemacht, das nach einem kollektiven Bildungsroman, von dem die alten sozialdemokratischen Arbeiterbildungsvereine nur träumen konnten, eine staatsloyale Führungsschicht einer Generation von Arbeiterjugendlichen etablierte, die nach dem Durchlauf ihrer Schnellbleichen mit der DDR ergraute und zunehmend wie ein immobiler Alp auf der Gesellschaft der Jüngeren, die nun wirklich akademisch ausgebildet waren, aber nicht mehr hochkamen, lastete. Dadurch war

das Gros der Arbeiter- und Angestelltenschaft negativ selektiert und wurde durch Frauen aufgefüllt, die ihre Rekrutierung für die Produktion am Anfang keineswegs als eine große Emanzipation empfanden, zumal ihnen die Hausarbeit in der Regel und in vielen Fällen auch die Fürsorge für hilfsbedürftige Familienangehörige - die DDR kannte keine Kriegsopferversorgung - wie selbstverständlich verblieb und sie in die Arbeitshierarchien von unten eintreten mußten. Auf die Dauer aber hat die ökonomische Selbständigkeit virtuell aller Frauen zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen geführt: Sie hat die Kollektivierung von Teilen der Hausarbeit und der familialen Betreuung in den Betrieben oder deren Umfeld erzwungen und dadurch weitere frauenspezifische Arbeitsplätze geschaffen. Zugleich hat sie dadurch die Existenz der Frauen in mehreren gesellschaftlichen Funktionen überhaupt erst ermöglicht. Sie hat die Geschlechterbeziehungen durch frühe Paarung und Kinderaufzucht und nachfolgend selektive Einstellungen zur Ehe - die höchste Scheidungsrate der Welt ging überwiegend auf weibliche Initiative zurück - ohne viel Aufhebens im Privatbereich revolutioniert. Und da die mehrfach belasteten Frauen nicht in die öffentliche oder politische Sphäre drängten, in der die aufgestiegenen Männer unter der Ambivalenz ihrer neuen Verantwortung und ihrer auf die Person zugreifenden Disziplinierung litten, wurden dadurch die Geschlechterproportionen in einer im Westen ziemlich unbekanntem Weise verschoben: Einem Heer aufgestiegener und in ihrer staatsabhängigen Autorität sich aufplusternder und zugleich daran leidender Männer stand eine Basis zwischen Beruf und Familie gestählter, ökonomisch selbständig gewordener Frauen gegenüber. Trotz Frauenüberschuß und gerade wegen ihrer Politikferne konnten viele Frauen in der DDR und durch sie einen Zugewinn an lebenspraktischer Selbständigkeit erzielen, auf die ihre männlichen Partner im Osten und ihre westdeutschen Geschlechtsgenossinnen nur mit Neid blicken konnten.

Ihre Rolle in der Politik blieb hingegen marginal. Nie wurde eine Frau Vollmitglied des Politbüros der SED, der eigentlichen Regierung der DDR, von Quote ganz zu schweigen. Allenfalls in Organisationen, die in der Macht-hierarchie verachtet wurden, wie den Gewerkschaften, wurde auf unterer Ebene ein Drittel an weiblichen Funktionsträgern rekrutiert. Die weiblichste Gesellschaft Europas hatte den männlichsten Führungsaufbau einer Industriegesellschaft, denn dieser war von archaischen und zugleich spezifisch deutschen Vater-Sohn-Beziehungen strukturiert.

V.

Die Kommunisten der Weimarer Republik waren eine hochfluktierende und sehr junge Organisation gewesen, die in der Folge in ihrem harten Kern zuerst von den Nazis und dann - in der Emigration - von den sowjetischen Genossen dezimiert worden war. 1945 waren sie nur noch eine Sekte mit einem erheblichen opportunistischen Zulauf zumindest im Osten. Die Vereinigung mit den Sozialdemokraten 1946 sollte ihnen Basis bringen und alles, was hier

über die Basis hinausreichte, wurde in den folgenden Jahren hinausgescheucht oder ausgegrenzt.

Während die SED in den ersten Jahren nach dem Krieg sicher noch eine ausgesprochene Arbeiterpartei und noch nicht wie später eine Volkspartei „neuen“, nämlich sowjetischen Typs war, konnte sie weit weniger ihren Anspruch erfüllen, auch ein Bollwerk der Tradition der deutschen Linken zu sein. Unsere Untersuchungen machen es wahrscheinlich, daß es ihr kaum gelang, auch nur die Hälfte der Weimarer Mitglieder und Sympathisanten der KPD und der SPD in der SBZ erneut zu mobilisieren. Zu groß waren bei vielen die politischen Enttäuschungen seit 1933, zu groß auch der Einbruch in die politischen Lager der Arbeiterbewegung und ihre Neigung zur Privatisierung, wenn nicht zur Wahrnehmung der vermeintlichen Chancen des Dritten Reiches besonders bei den Jungen. Die größte Enttäuschung war für viele alte Sozialdemokraten, aber auch Kommunisten das Verhalten der Sowjets in Deutschland und der von ihnen gestützten Moskauer Emigrantenfraktion der stalinisierten KPD als Satrapen in ihrer Zone. Diese Führung versuchte zwar, die aus den KZs heimgekehrten „alten Genossen“ für die neue Partei zu gewinnen, denn nur sie hatten Prestige in der Arbeiterbewegung vor Ort, aber bald stellte sich heraus, daß sie nur wirkliche Macht erwerben konnten, wenn sie nicht aus ihren Erfahrungen heraus agierten, sondern sich den Befehlen der Führung unterstellten. Die meist später aus der westlichen Emigration mit großen Erwartungen an ein neues Deutschland der Linken Heimgekehrten, darunter viele Juden, mußten dieselbe und oft eine noch schmerzlichere Erfahrung machen, weil ihr Exil im Westen den im Moskau der Säuberungen gehärteten Stalinisten schon als solches suspekt war.

Während die Atmosphäre des Verdachts und der fraktionellen Ausgrenzung die erneute Mobilisierung der Linken in engen Grenzen hielt, konnte die neue Partei nur an Breite gewinnen, wenn sie sich für andere öffnete. Da die alten Genossen das größte Mißtrauen gegen die nazifizierte Massen hegten, kamen dafür - grob gesprochen - vor allem zwei Gruppierungen infrage: die Unpolitischen und die Jungen, die auch alsbald die übergroße Mehrheit der SED stellten, denen gegenüber die alten Linken sich in einer minoritären Führungsposition autoritär verschanzten. Aber auch dieses Bündnis erbrachte bei Wahlen keine Mehrheiten, so daß die SED das erziehungsdiktatorische Konzept der Übergangsphase auf Dauer stellte, und in ihr die kommunistische Führung den Mehrheiten der Basis aus Sozialdemokraten, Unpolitischen und Jungen diktierte. In dieser Konstellation hatten die beiden neuen Gruppierungen, die eigentlich die Mehrheit hätten haben können, den Vorteil, daß sie weder in Demokratie geübt waren noch einen politischen Führungsanspruch stellten. Sie ergänzten vielmehr die autoritäre Struktur von unten.

Das läßt sich vor allem an der sogenannten FDJ-Generation näher illustrieren, also den Jahrgängen um 1928, deren Einsatzbereitschaft den Aufbau der DDR in den fünfziger Jahren befeuerte und deren Aufstieg zur eigentlichen Führungsschicht dieses Staates, wenn auch stets unter der Leitung

„alter Genossen“, für jene Mischung aus exekutivem Aktivismus, militärisch-ökonomistischen Verhaltensstereotypen, pragmatischer und zugleich dilettantischer Improvisation und perspektivloser Stagnation verantwortlich war, welche die zweite Hälfte der DDR-Geschichte zunehmend beherrschte. Bei dieser Generation handelte es sich ganz überwiegend um junge (meist männliche) Facharbeiter, die im Dritten Reich nur sehr selten von einem Milieu des Widerstands, eher schon von der Hitler-Jugend und vom Militär geprägt worden waren. Sie wurde von zwei Weichenstellungen ihrer kollektiven Nachkriegsbiografie in die Richtung einer Gefolgschaft der „alten Genossen“ gewiesen. Die erste bestand bereits unmittelbar nach 1945, als die Tiefe der nationalen Niederlage ihr Leben zu zeichnen schien, in dem Angebot, durch bloßes Bekenntnis auf die Seite der „Sieger der Geschichte“ überzutreten. Vermeintlich war das die siegreiche Arbeiterbewegung, die ihre Niederlage von 1933 vergessen machen wollte; in Wahrheit aber war dies die siegreiche Sowjet-Union. Bei unseren Befragungen von Angehörigen dieser Generation war der meisterinnerte politische Slogan überhaupt „Von der Sowjet-Union lernen, heißt siegen lernen“ - ein verführerisches Angebot für eine Generation, die früh auf Sieg getrimmt worden war und die Niederlage am eigenen Leibe erfahren hatte. Da dieses Angebot aber nur einen Gesinnungswechsel forderte, blieb der zuvor erlernte exekutive und in Freund-Feind-Schablonen denkende Verhaltenstyp erhalten und bewährte sich in den ungebrochen autoritären Verhältnissen der neuen Zeit an neuen inneren Fronten. Ja, man könnte sagen, daß es geradezu zur Moralität dieser Generation gehörte, daß sie angesichts der Gebrochenheit ihrer Eigenerfahrung keinen Anspruch auf Selbstbestimmung und eigene Führung stellte, sondern sich bereitwillig den „alten Genossen“ unterstellte, die moralische Bewährung und positionelle Kontinuität symbolisierten. Durch den Mangel an einer perspektivischen Führungsherausforderung wurde die moralische Verhärtung der Verfolgten der dreißiger Jahre und die Fortschreibung ihrer in den zwanziger Jahren und im Stalinismus erworbenen Positionen für Jahrzehnte zur Dominante der Gesamtpartei, in der die exekutive und politikunfähige FDJ-Generation immer älter werdende „alte Genossen“ als moralische Kompensation an der Spitze des Apparats erhielt.

An dieser Stelle sollte ich zwei Relativierungen einschieben. Erstens: In einer solchen Skizze können immer nur Grundtrends und auch die nur holzschnittartig herausgearbeitet werden - sowohl bei den Jungen als auch bei den Alten gab es auch ganz andere einzelne, die oft für die Mitlebenden gerade als Ausnahmen besonders faszinierend waren. Zweitens ist ja auch im Westen und gerade auch in der westdeutschen Arbeiterbewegung die Neuorientierung und nachfolgende politische Führungsposition der HJ- und Kriegsgeneration seit den sechziger Jahren nichts Ungewöhnliches. Das Unterscheidungsmerkmal liegt darin, daß der Prozeß der Umorientierung im Osten nur selten ein experimentierender Raum von einem, manchmal zwei Jahrzehnten war, sondern daß sich dieser Umschwung schnell und damit auch mit größerer Gefahr der Kurzschlüssigkeit vollzog und daß hier alsbald Freund

und Feind, oben und unten, wieder klar schien und nicht mühsam in der Diffusität eines pluralen Systems durch mancherlei Erfahrungsbrechungen hindurch eine Position gesucht werden mußte.

Die zweite Weichenstellung ergab sich aus der Verbindung dieser schnellen politischen Ausrichtung mit der schon erwähnten sozialen Mobilität dieser jugendlichen Arbeitergeneration der Nachkriegszeit, die seit den fünfziger Jahren durch Nachqualifizierung die Kaderlücke der Ära Ulbricht stopfen sollte und dies in der Tat besonders nach dem Bau der Mauer in einem so umfassenden Sinn getan hat, daß für nachfolgende und von keiner persönlichen Faschismushypothek belastete Generationen bis zum Ende der DDR kaum noch eine Lücke zum Aufstieg in führende Positionen blieb. Deshalb kann man sagen, daß in der DDR, in deren Bevölkerung auf die Dauer fünf oder sechs Erfahrungsgenerationen zusammenlebten, die Führungsschicht und ihre Perspektiven von dieser merkwürdig überdehnten Symbiose von zwei langen Generationen geprägt wurde und zunehmend erstarrte.

Nicht nur im Westen ist diese erfahrungsgeschichtlich verklammerte Symbiose meist verkannt worden. Stattdessen wurden als Kitt der Führungsschicht die Privilegienherrschaft und der kommunistische Dogmatismus angeprangert. Beides hat es gegeben, aber das zweite war oft genug der formelhafte Firnis autoritärer Perspektivlosigkeit, während sich die Privilegien der Funktionäre - sieht man von der höchsten Spitze ab - in engen Grenzen hielten, und die Einkommens- und Lebensstil-Differenziale der Masse der Führungsschicht in Partei, Staat, Management und Gewerkschaften weit geringer waren als in anderen Industriegesellschaften, Ost und erst recht West. Die DDR war mit einer gewissen preußisch-protestantischen Strenge am Ideal sozialer Vereinheitlichung orientiert, einer materialistischen Volksgemeinschaft, die im Kaderwelsch „sozialistische Menschengemeinschaft“ hieß. An sie wurde das Einkommen und der Lebensstil der Arbeiterschaft, die als herrschende Klasse gepriesen wurde, als soziale Elite angelegt. Die wirkliche herrschende Klasse bestand aber nicht aus Arbeitern, sondern aus ehemaligen Arbeitern und Arbeiterkindern, die der Werkbank entkommen waren und denen als Disziplinierung der - wie ein DDR-Witzwort sagte - „Absturz in die herrschende Klasse“, d. h. die Rückkehr in die Produktion drohte.

VI.

Durch die sozialen Mobilisierungskampagnen in der jüngeren Arbeiterschaft der fünfziger und sechziger Jahre war das Potential der Arbeiterbewegung weitgehend aus der Basis verschwunden und die Arbeiterschaft selbst zu einer ideologischen und sozialen Restgröße geworden, die dem Regime eher fremd war und von ihm durch materielle Sicherheit, relative Privilegierung gegenüber anderen Schichten und soziale Betreuung stillgestellt werden sollte.

Zu dieser maßgebenden Restgröße gehörten am Anfang insbesondere die nicht aufgestiegenen, vor allem älteren Teile der Facharbeiterschaft, die aus

bürgerlichen Positionen in die Produktion Verbannten (die selbst und deren Kinder aber auf längere Sicht, soweit sie nicht in den Westen gingen, in der Regel wieder mittlere oder höhere Positionen erreichen konnten) und die einzugliedernden Vertriebenen. In der Folge wurden hier aber die Frauen (oft im Status besonders schlecht bezahlter unterer Angestellter) und die in der DDR geborenen Generationen immer wichtiger. Für diese hatte das Projekt des „Arbeiter- und Bauernstaates“ alle heroische Qualität verloren. Wer sich hier für eine Existenz als Arbeiter entschied oder in ihr festgehalten wurde, stand dem ideologischen Anspruch in aller Regel distanziert gegenüber, schätzte die Sicherheit und die größere Freiheit im Betrieb und den - z. B. im Verhältnis zu den Angestellten - relativ hohen Lohn, die besonders bei guter Arbeit, aber im Grund auch sonst geringere Disziplinierbarkeit. Arbeiter konnten es sich noch am ehesten leisten, Widerworte zu geben - und sie wurden auch gehört. Politische Kritik konnten allerdings auch Arbeiter nicht vorbringen oder sie nützte nichts, aber an der Desorganisation und am schleppenden Charakter der Produktion und an der stockenden Versorgung konnte sehr wohl Kritik geübt werden und wurde je länger desto offener Kritik geübt. Das Ökonomische und Alltägliche war sozusagen die „lingua franca“ der DDR und hat dazu beigetragen, daß die Basis den Ökonomismus der Führung kritisch nachäffte und alle ihre Lebensdimensionen in diese „lingua franca“ übersetzte. Denn sie konnte darauf setzen, daß die Partei der Arbeiterklasse vor der empirischen Arbeiterschaft Angst und ein schlechtes Gewissen hatte und obendrein auf sie angewiesen war. Wurde oben alles durch eine formelhafte Überpolitisierung verkleistert, so war unten das Gemeinsame das Anti-Politische als persönliche Norm.

Vor diesem Hintergrund muß man meines Erachtens auch die Rolle der größten Organisation der DDR, der nahezu jede und jeder angehörte und in der die meisten auch einmal eine untergeordnete Funktion bekleideten, des FDGB, sehen. In der DDR wurde der FDGB im Traditionsvokabular kämpferischer Arbeiterbewegung gefeiert und zugleich in der Machthierarchie als Sparte für „Kultur und Soziales“ verachtet. Seit der Wende wird der FDGB als ein bloßer Transmissionsriemen der Partei denunziert und seine Funktionäre werden zu einer Privilegienkaste stilisiert, als hätten die meisten nicht auch in einer Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung gewohnt und ihr Gemüse im Schrebergarten gezogen. Die Selbststilisierung ist gewiß noch falscher als die nachmalige Kritik, die auf die Spitze des FDGB durchaus zutreffen mag, aber der Masse dieser Organisation wird auch sie nicht gerecht.

Sicher muß man betonen, daß es im Osten einen tiefen Bruch mit den gewerkschaftlichen Traditionen gegeben hat. Dieser Bruch ist aber nicht so sehr mit der Bildung einer politischen Einheitsgewerkschaft 1945 markiert, die ja auch in den westlichen Besatzungszonen diskutiert und in Teilen praktiziert wurde. Vielmehr war der entscheidende Einschnitt die Abschaffung der Betriebsräte 1948 und die Bildung der Betriebsgewerkschaftsleitungen als nachgeordnete Behörden der Gewerkschaftsbürokratie im Betrieb, die ten-

denziell aus der betrieblichen Mitwirkung der Basis ein Instrument zu ihrer Anleitung und Kontrolle machte. Ebenso grundlegend war die nachfolgende Transformation der Gewerkschaften aus einem Arbeitskampf potential in eine soziale Betreuungsorganisation. Der deutliche Bruch mit den demokratischen Traditionen der Gewerkschaften kommt auch darin zum Ausdruck, daß der FDGB neben Partei und Stasi (und in geringerer Bedeutung den eigentlich staatlichen Institutionen) politisch vor allem ein weiteres Berichtssystem der Führung über die Basis war, dessen Kapillare potentiell bis in jede Betriebsabteilung reichten und in dem sich Partizipation und Kontrolle unlöslich verbanden.

Daß der FDGB in der DDR als eine politisch hochbedeutsame oder gar Eliteorganisation gegolten hätte, darf man hingegen nicht glauben. Außer in seinen Spitzenpositionen wurde an ihn nur selten das rare Gut bewährter Kommunisten verschwendet. Unsere Untersuchung deutet darauf hin, daß unter seinen Betriebsfunktionären - und das waren die Masse seiner Funktionäre - sehr viel mehr mit einem sozialdemokratischen oder auch mit einem nationalsozialistischen Familienhintergrund waren und besonders, daß hier - anders als in der Partei - auch viele Frauen einen Platz für die Vermittlung zwischen Alltag und Öffentlichkeit fanden und sogar in höhere Funktionen aufsteigen konnten. Das scheint mir ein Hinweis darauf, daß die Gewerkschaften nicht zum Machtzentrum des SED-Staates gehörten, sondern zu einem sehr weiten Vorhof, in dem sich auch die beteiligen und bewähren konnten, die von den Mächtigen verachtet wurden.

Auf der anderen Seite erwarb sich der FDGB eine zentrale und von vielen nach seinem Verschwinden vermißte Rolle im Arbeitsalltag und das nicht nur, aber auch durch seinen Feriendienst als hochgradig subventionierte Kompensation vorenthaltener Reisefreiheit. Vielmehr kann man mindestens drei Funktionsbereiche unterscheiden, in denen er - oft wohltuend - fühlbar in der Gestaltung des Arbeitsalltags präsent war. Der erste betrifft die Vermittlung seines extrem breiten Funktionärskörpers durch Präsenz und Gespräch am Arbeitsplatz und bei der Gestaltung der konkreten Arbeitsbedingungen. Es wäre wohl zu hoch gegriffen, von Mitbestimmung am Arbeitsplatz zu sprechen, weil sich dabei Partizipation und Kontrolle, Schlichtung und betriebliche Verwertung mitdenkender Eigeninitiative (das sog. Neuererwesen) durchdrangen. Aber durch diese Vermittlungsfunktion fühlten die Arbeiter und Angestellten vor Ort ein Stück konkreter Mitgestaltung, das ihnen mit Blick auf die Politik und die Planung im Ganzen genommen war.

Der zweite Funktionsbereich betraf das - „sozialistischer Wettbewerb“ genannte - Prämienwesen, also die Bestimmung des Akkordanteils am Lohn, das von den Gewerkschaften im Betrieb verwaltet wurde. Wie bei Gewerkschaftern nicht anders zu erwarten, wurde dieser leistungsgebundene Akkord jedoch schleichend in einen auch unabhängig von der Leistung ziemlich erwartbaren Lohnanteil überführt, der eher etwas über das Ansehen im Betrieb sagte. Daß dadurch der für die Leistungsmessung notwendige büro-

kratische Aufwand nicht entfiel, war sicher ein Unding und viele vermißten auch stärkere Leistungsanreize in der DDR; auf der anderen Seite wußte aber jeder, daß die individuelle Leistung am meisten von der Planmaschinerie und der Desorganisation der Zwischenproduktversorgung und also nicht vom Individuum abhing und insofern erschien das nivellierende Ergebnis der Gewerkschaftsbürokratie jedenfalls nicht ungerecht.

Der dritte Funktionsbereich war all das, was man im Betrieb an kultureller und sozialer Betreuung erfuhr, in der man von der Empfängerseite nicht groß unterscheiden mußte, was die „staatliche Seite“, also der Betrieb, und was die Gewerkschaften selbst organisierten, denn es durchdrang sich in der Praxis und wurde personell allemal durch Gewerkschafter repräsentiert. Diese Betreuung betraf - außer durch den Feriendienst - die ganze betriebszentrierte Infrastruktur (von der Kantine bis zu kulturellen Zirkeln und zum Sport, vom Kinderhort bis zum Veteranenclub, von der Wohnungsverwaltung bis zur Wäscherei), welche die fast durchgängige Doppelerwerbsfamilie und die Erwerbstätigkeit Alleinerziehender erst möglich machte, aber auch weit darüber hinaus Voraussetzungen schuf zu einer materiellen Vergesellschaftung des Privatlebens, ohne diesem seinen Nischen- und Rückzugscharakter zu nehmen. Gewiß sollte man sich vor einer rückblickenden Romantisierung dieser gewerkschaftsvermittelten betrieblichen Sozialdienste hüten, denn die Qualität ihrer Dienstleistungen waren in der Praxis oft bedenklich, vielfach herzlich schlecht und manchmal empörend. Aber daß sie ohne Eigenaufwand an Einkommen, Initiative, Organisation einfach da waren und benutzt werden konnten, war eine tragende Basis des DDR-Alltags. Insofern greift der Zusammenbruch all dessen, wofür der FDGB stand, tief in das persönliche Leben und in die zwischenmenschlichen Beziehungen im Betrieb ein und lähmt oft die Freude darüber, daß es wieder freie Gewerkschaften gibt, die aber vergleichsweise wenig an Sicherungen des Alltags zu bieten vermögen.

VII.

Am Schluß dieser kurzen Einblicke in Aspekte der ostdeutschen Sozialgeschichte möchte ich noch einige Bemerkungen zu einem ethnologischen Thema machen, über das in Westdeutschland seit dem Fall der Mauer auf allen Ebenen gerne dilettiert wird, nämlich zur sogenannten DDR- oder Ossimentalität. Ich tue dies mit Zögern, weil dieses Thema stets zu falschen Pauschalisierungen einlädt, ohne die auch ich hier nicht auskommen werde, und weil die inhaltlichen Aussagen meist nur ein Ausdruck der Fremdheit der beiden deutschen Gesellschaften gegeneinander sind. Vielleicht kann ich aber auf dem Hintergrund des historisch skizzierten auf einige Ambivalenzen der Prägungen aufmerksam machen. Ich beschränke mich auf Stichworte zu sechs Komplexen.

Am auffälligsten finde ich, daß die Mehrheit der Ostdeutschen von einem ganz anderen *Zeitregime* als die Westdeutschen geprägt ist. Sie sind eine langsamere Gangart in größeren Zeiträumen gewohnt. Während den meisten

Westdeutschen schon die Welt der siebziger Jahre in grauer Vorzeit liegt, ist den Ostdeutschen der Zweite Weltkrieg und seine für sie lastenden Ergebnisse immer ein Bezugshorizont geblieben, an dem man bei jedem Gang durch die Städte erinnert wurde. Auch die Lebensbedingungen ihrer Eltern und Großeltern sind ihnen deutlicher präsent, und da sich die Grundkosten des Lebens in der DDR kaum verändert hatten, verglichen sie sie auf Mark und Pfennig mit den eigenen, eine Idee, die einem Westler die Inflationsgewöhnung schon lange ausgetrieben hat. Die Lebenswelten waren im Osten politisch durchwühlter, aber materiell und bei manchen auch zwischenmenschlich waren sie stabiler geblieben, weniger von der Zeit konsumiert und mit ihr bis zur Unkenntlichkeit transformiert worden. Eher war vieles verfallen, aber der Verfall ist ein langsamer und oft unmerklicher Prozeß, dessen Wahrnehmung einen erst im Vergleich schockt.

Die langsamere, oder besser gesagt, die weniger beschleunigte Gangart war aber auch in den Mikrowelten des Alltags eingeübt: Die geringeren Distanzen, der Gang zum Garten, das geschützte und oft auch vorzeitig angetretene Wochenende, der häufige Stillstand in der Arbeit, der nur die Oberen hetzte, das Reden in den Küchen und im Betrieb, die geringe Wirksamkeit eigener Initiative - all das hat ruhigere Rhythmen, ja sogar eine Tugend des Abwartens eingeübt, die in der Erfahrung gründet, daß sich nichts so schnell änderte wie die politische Linie, Beschleunigung nur selten etwas bewirkte und daß die besseren Seiten des Lebens im Stillen waren.

Gewiß hat dabei die Jugend oft unerträgliche Langeweile gefühlt und ihre Ungeduld wurde bis zum Bersten angespannt, so wie es ja im wesentlichen auch junge Menschen waren, die der DDR zuletzt in Massen davonliefen und vor deren Demonstrationen die hohle Macht implodierte. Aber oft sind es dieselben jungen Menschen, welche die Dynamik und Geschwindigkeit des Westens herbeisehnten, die in der konkreten Begegnung mit ihm höchst ambivalent reagieren, nicht zurückwollen und doch in der Dynamik vor allem den Zwang, in der Schnelligkeit die Hetze und in der Fülle die Leere sehen. Sie werden überholt, vermissen die Auflockerung der Arbeit durch den Schwatz, und alle Welt nennt nun ihre erfahrungsgesättigte Tugend des Abwartens Mangel an Eigeninitiative und ihren Rückhalt am Unveränderlichen Stagnation.

Eine ähnliche Ambivalenz läßt sich bei der *Einstellung zur Nation* erkennen. Viele Ostdeutsche scheinen mehr an der Nation zu hängen als die Mehrheit der Westdeutschen, obwohl sie die Mehrheit dieser Nation, nämlich die Westdeutschen, nicht Heben und ihr sozio-kulturelles „Wir-Gefühl“ meist auf die Erfahrungsgemeinschaft des Ostens verweist. Diese Ambivalenz hat viele Gründe: Durch die starke Emigration der Nachkriegszeit hatten die Ostdeutschen viel mehr menschliche Bindungen unter den Westdeutschen als diese mit ihnen. Die Reparationen, die Teilung, der ineffiziente Kommunismus fielen ihnen als nationale Erblast zu, obwohl die wenigsten dafür votiert hatten oder mehr dafür verantwortlich waren als die im Westen. Der

Westen war zunehmend mit sich als einer Ersatznation zufrieden, die die gesamtdeutsche Tradition verblassen ließ und sich nicht mit nationalen Symbolen identifizierte, sondern stillschweigend im Alltag sein „Wir-Gefühl“ in seinem besonderen Lebensstil und seiner Wirtschaftskraft begründete. Wo Westdeutsche dennoch die Verbindungen mit dem Osten nicht abreißen ließen, hinterließen ihre Päckchen und Besuche nicht nur Dankbarkeit, sondern oft auch eine Kränkung. Der zuletzt fast universelle Blick ins Westfernsehen faszinierte, aber er bestärkte auch das Gefühl der Verlassenheit und verletzte den eigenen Stolz.

Hatte man nicht im Osten aus unvergleichlich schlechteren Bedingungen auch etwas gemacht? Man durfte nicht mit der falschen Seite vergleichen. Der Blick nach Westen kränkte, aber im Blick nach Osten erfuhr man sich als Inbegriff deutscher Tüchtigkeit. Galt nicht die kleine DDR als der Westen des sozialistischen Lagers, jedenfalls was die ökonomische Leistung betraf? Wenn dieser Leistungsstolz, in dem sich stillschweigend das Nationale staut, nun entwertet wird, wenn seine Symbole verschrottet werden und seine Objektivationen der Deindustrialisierung anheimfallen, gerät auch die mühsame und ohne öffentliche Auseinandersetzung erworbene innere nationale Balance unter einen explosiven Druck, dessen Ergebnisse kaum kalkulierbar sind.

Denn die offiziell in der späteren DDR tabuisierte nationale Perspektive hatte unterschwellig den Beiklang des eigentlich Natürlichen, zumal sie - anders als im Westen, wo sie als Kostenfaktor und Reise in die Vergangenheit verdrängt wurde - materiellen Zugewinn und Bewegungsfreiheit versprach. Die Wiedervereinigung erschien den meisten Älteren natürlich und unreal zugleich; kaum einer glaubte sie noch zu erleben und deshalb war ihre Erwartung auch losgelöst vom Alltag, eine utopische Synthese aus westlichem Reichtum und östlicher Sicherheit. Ihre überraschende Erfahrung aber hat nichts von dieser insgeheim halluzinierten Synthese, weil der westliche Reichtum nur in Bruchstücken greifbar wird und die östliche Sicherheit zerfällt. Nun ist man nicht mehr verlassen und mancher mag sich sogar ins Fäustchen lachen, daß der Westen endlich etwas von dem, was ihm in der Nachkriegszeit durch die Teilung als Entwicklungschance zugefallen ist, abgeben muß, aber dem Stolz ist damit nicht geholfen. Seine Kränkung mag zum Rückzug aus dem kaum eröffneten politischen Raum führen, oder zur Verklärung der Vergangenheit oder zur letzten Krüppelversion der Selbsterfahrung als Deutscher, der aggressiven Ausgrenzung derer, die noch weniger dem Begriff der Bundesrepublik vom Deutschen entsprechen.

Der ökonomische Zusammenbruch im Gefolge des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik und die Kränkung des nationalen Gerechtigkeitsgefühls treffen dabei im Osten auf einen jahrzehntelang vorbereiteten Boden. Denn in der DDR hatte die *Reduktion aller politischen Wahrnehmungen auf das Ökonomische* eine lange Tradition, und das Projekt einer egalitären Gesellschaft hat ein hochempfindliches Gerechtigkeitsgefühl hervorgebracht, das wenig bereit ist, die Zwänge eines Systems in Rechnung zu stellen, aber gereizt

auf jeden Widerspruch zwischen politischem Anspruch und ökonomischer Praxis reagiert. Auch dieser Komplex hat seine Ambivalenzen, insofern er nicht einfach eine marxistische Altlast ist. Vielmehr hatte der ökonomische Reduktionismus der Führung und ihre Orientierung auf eine schnellere und gerechtere Entwicklung des Massenwohlstands als im Kapitalismus auch die Sicht der Indifferenten und selbst ihrer Gegner beeinflußt. Wie erwähnt, war das Ökonomische die „lingua franca“ der DDR geworden und insofern mußte sich angesichts der Tabuisierung aller politischen Kritik diese in die Sprache des Ökonomischen übersetzen. Die Kritik am Lebensstil der Parteibonzen und die wütende Fixiertheit auf deren materiellen Vorteile erschien vielen Westdeutschen nach der Öffnung der Mauer kleinlich und wenig verständlich, da sie von ihrer Führungsschicht ganz andere Privilegien gewohnt sind als ein Einfamilienhaus oder auch eine Jagdhütte mit einer funktionierenden Brause im Bad.

Die Kritik war aber deshalb so wütend, weil das Programm sozialer Vereinheitlichung in der Bevölkerung der DDR nolens volens verinnerlicht worden war. Die Verletzung der Normen, die der ganzen Gesellschaft auferlegt worden waren, durch diejenigen, die sie ihr auferlegt hatten, forderte das gereizte Gerechtigkeitsgefühl heraus, und zwar in der Form einer Bekräftigung dieser Normen selbst. Nun sind die Ostdeutschen zwar im Schnitt deutlich bescheidener, aber sicher nicht asketischer als die Westdeutschen. Jeder hätte gern eine funktionierende Brause oder eine größere Auswahl im Lebensmittelgeschäft gehabt, und nur wenige hätten sie dann anderen mißgönnt. Es ging um einen politischen Punkt, den Ausbruch der Mächtigen aus der egalitären Notgemeinschaft, der sich natürlich erst recht auf die Bewegungsfreiheit, die Informationsfreiheit und die Macht der Herrschenden hätte beziehen können; aber es war charakteristisch, daß er sich auf relativ kleine - aber im Alltag der DDR oft unerreichbare - ökonomische Differentiale bezog, besonders wenn sie auch noch westlichen Ursprungs waren.

Diese Verinnerlichung des Ökonomismus und die Gereiztheit des materiellen Gerechtigkeitsgefühls sind eine Erbschaft der verweigerten offenen Auseinandersetzung in der Gesellschaft der DDR, aber sie finden in der ostdeutschen Gesellschaft nach dem Anschluß reiche Nahrung, obwohl ihre spezifischen Voraussetzungen entfallen sind. Nun wird die soziale Einheit auf die Nation übertragen; darin mag ein Element der Kraft im politischen Verteilungskampf mit den Westdeutschen liegen. Die übertragene Blickverengung könnte aber auch die Wahrnehmung neuer und komplexerer Chancen begrenzen.

Den *Sicherheitskomplex* möchte ich als viertes Beispiel von Ambivalenzen in der DDR-Mentalität ansprechen. In der DDR gab es niemanden, der einem Fremden nicht — bei aller Kritik an anderen Dimensionen des Lebens - die Sicherheit der Beschäftigungsverhältnisse als den Hauptvorteil der sozialistischen Gesellschaft pries. Die meisten konnten kontrastierende Beispiele der in der eigenen Familie erfahrenen Lebensunsicherheit aus der Weltwirt-

schaftskrise Anfang der dreißiger Jahre hinzufügen. In der DDR war auch die Kritik an der anderen Seite ihrer Sicherheit, also an Mauer und Stasi, Observation und Organisation des politischen Verhaltens weniger hörbar, aber seit der Sicherheitsapparat der DDR verschwunden ist, ist sie beherrschend geworden. Sehr viel seltener werden jedoch diese beiden Seiten des Sicherheitskomplexes aufeinander bezogen. Historisch dürfte dies zumindest zwei Gründe haben. Einmal kann man in einem Überwachungsstaat kaum leben, wenn man ihn nicht partiell verdrängt und als Quasi-Normalität hinnimmt; die dauernde Wahrnehmung führte sonst fast zu einem zweiten oder auch ersten Beruf, wie er ja in manchen Teilen der Intelligenzija auch ausgeübt wurde, und zu beständigen Konflikten, von denen niemand wissen und kaum jemand ahnen konnte, ob sie etwas bewirkten. Zudem ist das Ziel einer ökonomischen Grundsicherung des Alltags von jedermann ja nicht nur ein alter Traum der Arbeiterbewegung, sondern auch das Bestreben jedes ungesicherten Einzelnen. Um so anstößiger ist der Gedanke, daß das Recht auf Arbeit und ein Sicherheitsapparat wie der der DDR unter den Bedingungen des 20. Jahrhunderts etwas miteinander zu tun haben könnten.

Obwohl man wünschen möchte, daß dies nicht so wäre, kann man sich kaum der Einsicht verschließen, daß der Weltmarkt und die globalen Wanderungsbewegungen von Arbeitssuchenden die Verbindung einer so weitgehenden sozialen Sicherung wie in der DDR mit einer liberalen und weltoffenen politischen Kultur bisher nirgendwo zugelassen haben. Jedenfalls dann nicht, wenn solche Sicherungssysteme nicht nur von ihrer materiellen Seite her betrachtet werden, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Anerkennung des einzelnen in einer Arbeitsgesellschaft. Sicher könnte man nämlich argumentieren, daß manche Sozialhilfeempfänger in Westdeutschland oder in Schweden sich nicht weniger Konsumgüter erwerben konnten als manche untere Angestellte in der DDR; aber sie waren dennoch aus der Gesellschaft gefallen, während sich die ärmere Angestellte in der DDR als ein wichtiges und angesehenes Mitglied ihrer Gesellschaft fühlen könnte.

Viele hatten sich nach dem gehaßten Bau der Mauer ihre Existenz damit rationalisiert, daß das Projekt einer sozialistischen Gesellschaft ohne die harte Notwendigkeit einer Abgrenzung gegenüber dem Weltmarkt nicht stabilisiert werden könnte, weil ihr sonst die Qualifikationspotentiale wegliefen, ohne die auch die Grundsicherung der anderen nicht oder nur um den Preis gesamtwirtschaftlichen Verfalls gewährleistet werden könne. Das beinhaltete bei den meisten keine Rechtfertigung des Sicherheitsapparats und der Repressionspraxis, die ja weit über diesen Zweck hinauswucherten, aber doch die Hoffnung, daß sich die Wirtschaft einer gerechteren und sichereren Gesellschaft in der Abschließung so erholen und an Dynamik gewinnen könne, daß sie sich in der Zukunft die Liberalisierung leisten könne. Deshalb hatte einst die neue Ostpolitik in der DDR auch besonders viele Anhänger. Aber diese Hoffnung trog; die gerechtere Gesellschaft wurde zu einem Bülig-Lohn-Gebiet und fiel gegenüber der technisch-ökonomischen Dynamik der hochindustrialisierten

Länder des kapitalistischen Weltmarktes immer weiter zurück, was gerade im deutschen Fall, wo die gegensätzlich entwickelnden Ordnungssysteme unmittelbar aufeinanderstießen, immer unübersehbarer wurde und verzweifelter machte. Als die Mauer gefallen war, votierte die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung vor dem Hintergrund dieser in der Praxis widerlegten Hoffnungen für die unmittelbare Einführung des westdeutschen Systems, ließ sich blühende Landschaften versprechen und erwirkte einen günstigen Umtauschkurs. Sie hatte dabei aber nicht geahnt, in welchem Umfang sie diese schnell und bequem erscheinende Variante des Systemwechsels nach der Befreiung vom Alp des Sicherheitsstaats auch der tragenden sozialen Sicherheit berauben würde und daß große Gruppen in der Gesellschaft - vor allem aus der älteren Generation, bei den Frauen und bei den ehemaligen Funktionären und Intellektuellen - keine Aussicht auf eine Reintegration in die Arbeitsgesellschaft mehr finden würden. Es geht dabei auch, aber nicht nur um die materielle Perspektive, sondern noch viel mehr um den Lebenssinn und die soziale Anerkennung in einer einstmals sicherheitsgewohnten und betriebszentrierten Arbeitsgesellschaft. Das ist die eigentliche Herausforderung an die größere Gesellschaft, die gerecht und frei sein will. Denn nur Zyniker können sagen, daß sich das Volk der DDR bei seinem Votum von 1990 der Risiken des Kapitalismus, den es nur aus den Schulbuchweisheiten seiner gescheiterten Gegner und aus der verführerischen Oberfläche der Medien kannt, hätte bewußt sein müssen.

Das fünfte Beispiel für Ambivalenzen aus DDR-Tradition möchte ich mit einem Zitat aus unseren Interviews in der DDR den „*gespaltenen Kopf*“ nennen. Vielen Besuchern ist die einstige DDR als eine erstaunlich konfliktgedämpfte und disziplinierte Gesellschaft erschienen, in der die meisten den Anschein erweckten, als wären sie bei allen Beschwerden des Alltags mit den Grundintentionen einer sozialistischen Gesellschaft einverstanden und hätten sich mit den autoritären Strukturen der DDR mehr oder weniger arrangiert. Seitdem die DDR verschwunden ist, wird einem von denselben Menschen ein ganz anderer Eindruck - und das zuweilen sogar im schönsten SED-Deutsch - vermittelt, nämlich daß sie dem Regime immer oder überwiegend mit innerer Ablehnung gegenübergestanden und viele Einzelkonflikte mit ihm ausgefochten hätten und zahlreiche Diskriminierungen hätten hinnehmen müssen. Aus einer Gesellschaft des Konsenses oder doch der disziplinierten Hinnahme scheint eine Gesellschaft des Widerstands und der Opfer geworden. Noch vor dem Fall der Mauer ist von den „Wendehälsen“ gesprochen worden und nachher erschien es manchem Beobachter so, als sei der in der DDR gezüchtete Opportunismus eine ihrer zählebigsten Erbschaften. Das mag in Einzelfällen durchaus richtig sein, im Ganzen wird durch eine solche Kritik aber eine tiefere Ambivalenz verdeckt, nämlich daß beide Äußerungsformen ein Stück erfahrungsgeschichtlicher Wahrheit enthalten.

Im Vergleich mit dem Dritten Reich war die DDR weit weniger eine verbrecherische, aber nach dem Maßstab der Unentrinnlichkeit und Dauerwirkung

ihrer Durchorganisation die totalitäre Gesellschaft. Sie stellte so weitgehende Anforderungen an die Identifikation mit dem Projekt egalitärer Vergesellschaftung und umgab den einzelnen im Alltag mit einer so umfassenden sozialen Kontrolle, daß nicht nur diejenigen, denen diese Vergesellschaftung und Kontrolle mehr oder minder aufgezwungen war, sondern auch diejenigen, die sie bejahten, diesen Ansprüchen einerseits nicht völlig ausweichen, ihnen andererseits aber auch nicht wirklich genügen konnten. Dadurch haben die allermeisten sowohl Konsens- als auch Distanzerfahrungen gemacht, aus denen - je nach dem öffentlichen Kontext - eine wirkliche, wenn auch nicht erschöpfende Geschichte gewoben werden konnte. Insofern war es durchaus möglich, daß sich ausgesprochene Regimegegner gleichwohl mit der DDR-Gesellschaft und ihren Grundnormen identifizieren konnten, und daß einem heute selbst höhere Funktionäre der SED die Geschichte ihrer Kritik und inneren Vorbehalte, ihrer Niederlagen in internen Machtkämpfen und ihrer Zurücksetzungen nach einem der häufigen Wechsel der Parteilinie, parteiwidriger Westkontakte oder einer anderen Wirklichkeit ihrer Familie erzählen. Der gesplittete Kopf hat beides im Gedächtnis, aber was als das Wichtige erinnert wird, daran wirken wie bei aller Erinnerung auch die jeweils präsenten öffentlichen Sinngebungsangebote mit. Das schließt die Gefahr der Verdrängung der Komplexität der Eigenerfahrung ein, durch die die Realitätstüchtigkeit künftigen Denkens begrenzt wird, und auch eines Umschlags von Anpassung in Nostalgie und Depression. Die Westdeutschen tun deshalb gut daran, dieser Gefahr der Verdrängung durch Neugierde und nicht durch wohlfeile und oft selbst kaum geglaubte Sinnangebote zu begegnen.

Solche Neugierde - und damit bin ich beim letzten Punkt - zahlt sich auch aus, weil sie komplexe und gleichsam in Härte-tests bewährte zwischenmenschliche Erfahrungen erschließen kann, die in der westdeutschen Gesellschaft so in der Regel kaum gemacht und meist auch nicht so prägnant zum Ausdruck gebracht werden können. Die Dichte und Bedeutung des Gesprächs und der persönlichen Netzwerke ergab sich bei vielen in der DDR aus materiellen und immateriellen Bedürfnissen nach Kompensation der öffentlichen Armut an Geist und Gütern. Ohne die Pflege ausgespannter Verwandtschafts- und Bekanntschaftsbeziehungen blieb man auf den offiziellen Mangel verwiesen und konnte nicht jene zweite Welt des Tauschs von Mangelwaren und Hilfsleistungen erschließen, durch die das Leben weiterging. Aber das Ergebnis dieser Schattenwirtschaft ging über das Materielle hinaus, schulte das Gespräch und intensivierte die zwischenmenschlichen Beziehungen, in denen die Bedeutung des Nicht-Materiellen, gerade weil der Ökonomismus die Außenwelt beherrschte, als persönliche Werte der Gegenwart wuchs.

Daraus erscheint mir auch das ungewöhnliche Sprachvermögen der Ostdeutschen gewachsen zu sein, das nach der Wende in die Öffentlichkeit kam und viele im Westen wegen seines Kontrasts zur Formelhaftigkeit der offiziellen DDR-Sprache und wegen seiner Dichte und Intensität der Aussagen überraschte. Die Diktatur im geteilten Deutschland war ungewollt auch eine

Sprachschule: Jeder mußte mindestens drei deutsche Sprachen verstehen und zwischen ihnen oft listenreich übersetzen können. Denn jeder sprach in den alltäglichen Nahbeziehungen an der Werkbank, in der Küche oder im Garten einen familiären Dialekt. Er mußte aber auch die offizielle Sprache, das sogenannte Kaderwelsch, zumindest soweit verstehen, daß er sich zu den offiziellen Anforderungen verhalten und seine Bedürfnisse im Gespräch mit den Funktionären mit offiziellem Sinn einkleiden konnte. Und schließlich hatten die meisten eine lange Schule in der Sprache der westlichen Medien und vermochten das dort Gelernte zur Not auch so zu dosieren und umzusetzen, als käme es nicht von dort. Das war ein ungewöhnlich dichtes Training in semantischen Operationen im Alltag, das sich obendrein bei Fremdkontakten mit gewitzt vieldeutigen Geschichten und rücknahmefähigen experimentellen Formulierungen vortasten konnte.

Mit der Diktatur sind aber auch die praktischen Anlässe, die solche liebenswerten Züge der DDR-Mentalität immer wieder herausgefordert und verstärkt haben, mehr und mehr zurückgetreten. Gewiß sind für viele auch in der Übergangsgesellschaft die Netzwerke noch von praktischem Gewinn und der Code alteingübter Anspielungen ist immer noch ein kurzer Weg der Verständigung in Ostdeutschland. Aber mit fortschreitender Wirksamkeit von Geldwirtschaft, die das Organisieren aus den Betrieben und das private Tauschen ersetzt, und von Bürokratien, die sich an ihre Vorgaben halten und sich nicht erweichen lassen, wie es in der DDR die Regel war, wenn man jemanden kannte, wird den Gegenwelten die Geschäftsgrundlage entzogen. Und diese langsame Erosion einer zweiten, inneren DDR-Identität erscheint vielen als ein drohender Verlust - im Gegensatz zum Verlust der offiziellen DDR-Identität in Gestalt der DDR-Staatsbürgerschaft.

Das Gedächtnis Ostdeutschlands ist also reich an Ambivalenzen, die nicht leicht aufzulösen sind, obwohl ihnen mittlerweile viele der prägenden Elemente abhanden gekommen sind. Sie stellen auch die Gewerkschaftsbewegung vor diffizile Aufgaben, die nicht einfach im Systemwechsel von einer sozialen Einheit zur anderen gelöst werden können. Viele Ostdeutsche erwarten aus ihren Erfahrungen heraus von Gewerkschaften mehr Rückhalt, Anerkennung und offenes Gespräch, als es Tarifmaschinen zu geben vermögen, und auch die Offenheit, daß sich aus den spezifischen Problemen und Erfahrungen vor Ort Stück für Stück neue soziale Lösungen und Wertorientierungen erarbeiten lassen, aus denen auch der Westen lernen kann.